

## Haushaltsrede 2018 der Linksfraktion im Kreistag Unna am 12.12.2017

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat, Ib. Kolleginnen, Ib. Kollegen, werte Gäste.

Der am 14.11. vom Kämmerer eingebrachte Haushaltsplanentwurf mit den bis heute vorliegenden Änderungen stellt die beste Haushaltssituation des Kreises Unna seit vielen, vielen Jahren dar.

Zu verdanken ist dies in erster Linie dem seit Jahren andauernden Wirtschaftswachstum, den sprudelnden Steuereinnahmen des Landes und des Bundes und der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank der letzten Jahre,

Diese Null- bzw. sogar Negativzinsen sanieren im großen Maße die öffentlichen Haushalte.

Sie hat aber auch große negative Auswirkungen. Für Guthaben privater Haushalte, sei es auf Sparbüchern, sei es als Altersvorsorge in diversen Kapitalanlagen wie private Renten- und Lebensversicherungen angelegt, ist diese Geldpolitik eine riesige Geldvernichtungsmaschinerie.

Ihr privates Vermögen wird immer weniger wert und dies wird in Zukunft die Soziallasten der öffentlichen Haushalte massiv negativ beeinflussen.

Doch zurück zum Haushalt.

Das Eigenkapital des Kreises Unna ist auf ca. 22 Millionen Euro angewachsen.

Die Eigenkapitalquote beträgt jetzt 5,4 %.

Aber trotz dieser für uns erfreulichen Tatsache, die allerdings in erster Linie und zum großen Teil auf Einmaleffekten basiert und weniger auf

strukturellen Verbesserungen, ist das immer noch die niedrigste Eigenkapitalquote aller nordrhein-westfälischen Kreise.

Das Haushaltsvolumen beläuft sich auf 491.712.333 Euro auf der Ertrags- und auf 494.012.333 Euro auf der Aufwandsseite.

Der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage soll auf 41,92 Prozentpunkte gesenkt werden und die Zahllast für die kreisangehörigen Kommunen beträgt 255.764.566 Euro, dies sind 1,27 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Die Ausgleichsrücklage beträgt ca. 7,2 Mio. Euro. Daraus werden ca. 2,3 Millionen Euro für den fiktiven Haushaltsausgleich eingesetzt.

Dass der Kämmerer die Ausgleichsrücklage nicht in voller Höhe im Jahr 2018 eingesetzt hat, sondern auf 3 Jahre verteilen möchte, findet unsere volle Unterstützung.

Durch dieses Handeln stehen auch für die nächsten Jahre Mittel zur Verfügung, um, wie es der Kämmerer ausdrückte, erhebliche Sprungeffekte abzumildern.

Diese können durch äußere Umstände wie zum Beispiel eine deutlich höhere LWL-Umlage eintreten, sind aber auch der Tatsache geschuldet, dass die nicht ausgeschütteten thesaurierten Gewinne der VBU, die bisher anstelle des Kreishaushaltes die VKU-Verluste ausgleichen, endlich sind.

Sie reichen nur noch für einen begrenzten Zeitraum.

Da ich davon ausgehe, dass meine Vorredner schon auf die Zahlen der Erträge und Aufwendungen, auf die Verteilung auf die diversen Produktgruppen eingegangen sind komme ich nun zu unseren 2 haushaltsrelevanten Anträgen:

Herr Landrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste,

die Linksfraktion beantragt für das Modellprojekt „Demokratie und Rassismus in der Kommunen“ des kommunalen Integrationszentrums eine Aufstockung der Mittel um 5.000 Euro.

Damit kann die hervorragende aufklärerische Tätigkeit des Kommunalen Integrationszentrums besser gefördert und in den Kommunen deutlich mehr Werbung für dieses Projekt betrieben werden.

Nicht nur der Einzug der AFD in den Deutschen Bundestag zeigt uns, dass die Rattenfänger dieses völkischen Gedankengutes für SchülerInnen und Jugendliche gefährlich ist.

Hier gilt es, dieser Zielgruppe das Demokratieverständnis näher zu bringen bzw. zu verstärken.

Die weitere Begründung erfolgt in den Haushaltsberatungen.

Unser 2. haushaltsrelevanter Antrag wurde bereits im letzten Jahr gestellt und von der sogenannten Gestaltungsmehrheit abgelehnt. Sie argumentierte wie folgt:

Zunächst sollte abgewartet werden, welche Wirkung die neuen Bundesprogramme auf diese Zielgruppen hätten. Nach Auswertung der Zahlen sollte man dann überlegen, ob zusätzliche Fallmanagerstellen erforderlich seien.

Die SPD-Fraktion, so ihr arbeitsmarktpolitischer Sprecher Martin Wiggermann, unterstütze den Antrag inhaltlich, halte aber die Beschlussfassung zum damaligen Zeitpunkt zu früh.

Auch der arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU- Fraktion Gerhard Meyer, plädierte dafür, die besagten Bundesprogramme auf den Arbeitsmarkt wirken zu lassen und erst danach zu entscheiden.

Nun, die letzten Zahlen, die uns vorliegen besagen, dass die Anzahl Alleinerziehender erwerbsfähiger Leistungsberechtigter im Dezember letzten Jahres 3.573 betrug, Ende Juli 2017, das ist der letzte uns bekannte Stand 3.529, Es wurden also 44 Integrationen durchgeführt, etwas mehr als 1%.

Im Gegensatz dazu sehen die Berechnungen einer Arbeitsgruppe der Verwaltung, die unserem Antrag zugrunde liegt, insgesamt 1.050 Integrationen in einem Zeitraum von 4 Jahren vor. Der Break-Even-Point wird bereits im 2. Jahr erreicht. Und dies bei einer nur 50%igen bedarfsdeckenden Integrationsquote.

Viele alleinerziehende Frauen und Männer (die Frauenquote liegt ungefähr bei 90%) haben sich für dieses Familienmodell entschieden, oder wurden durch Lebensumstände dazu gezwungen.

Weit häufiger als Paarfamilien sind die Alleinerziehenden jedoch arm, beziehungsweise stark armutsgefährdet.

Gerade aus diesem Grund benötigt diese Zielgruppe mehr Chancengleichheit und Unterstützung auf dem Arbeitsmarkt.

Erst eine existenzsichernde und sinnstiftende Erwerbsarbeit verschafft ihnen eine verlässliche Entwicklungsperspektive.

Durch den Einsatz der von uns geforderten Fallmanager sollen die Alleinerziehende bei der Realisierung von tragfähigen, individuellen Lösungen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Jobcenter bestmöglichst unterstützt werden.

Zur bedarfsgerechten Beratung und Unterstützung Alleinerziehender müssen die Fallmanager qualifiziert werden. Ein qualifiziertes und spezialisiertes Fallmanagement, das zeigen die Erfahrungen, ist nachhaltig wirksam.

Wir bitten im Interesse der Alleinerziehenden um Zustimmung. Auch, weil dieser Antrag dem Handlungsfeld „Wirtschaft und Arbeit“ zugeordnet ist und als strategischer Schwerpunkt dadurch die Kosten der Unterkunft gesenkt werden.

Herr Landrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste,

zu einer ordentlichen Haushaltsrede, gehört auch, wie Brigitte Cziehso es am 15.12. 2015, so schön formulierte, eine Bilanz, die Sie der Linksfraktion sicherlich gestatten.

Nicht eine Gesamtbilanz, dies würde den zeitlichen Rahmen sprengen, sondern nur die Betrachtung einer Bilanzposition, die den Namen „Gestaltungsmehrheit“ trägt.

„Die Mehrheit gestaltet nicht“ so überschrieb Kevin Kohues Ende Oktober dieses Jahres seinen Artikel im „Hellweger Anzeiger“.

Recht hatte er.

Bewertet man die Aktivitäten dieser mit über 70% der Kreistagsmitglieder umfassenden Gestaltungsmehrheit, muss man feststellen, dass seit der wirklich bis heute noch nachwirkenden Affäre um die geplatzte Millionenstiftung für Haus Opherdicke im Januar dieses Jahres kaum noch etwas Gestalterisches kam, die Gestaltungsmehrheit wirkte gelähmt.

Die Ernüchterung hielt Einkehr.

Man (frau) musste sich die Wunden lecken, die man (frau) sich selber zugefügt hat.

Und bei all dem Wunden lecken, dem Selbstmitleid und der Wut auf die Medien, auf die sogenannten kleinen Fraktionen und Gruppe, die nach eigener Selbstbetrachtung einem nur Böses zufügen wollen, vergaß man (frau) Politik zu gestalten.

Wie sagte Brigitte Cziehso in ihrer Haushaltsrede am 20.12.2011, ich zitiere:

„Ein Gemeinwesen, in dem einige wenige bestimmen, kann und darf es nicht geben“

Zitatende.

Es wäre an der Zeit, liebe SPD-Kreistagsfraktionsmitglieder, sich einmal zurück zu erinnern und sich selbst die Frage zu beantworten „Wie oft haben wir die sogenannten Kleinen gebraucht, um Anträge und Haushalte durch zu bekommen, ohne dass Gegenleistungen gefordert wurden.“

Aber Undank ist der Welt Lohn, heißt es ja.

Bei allem, was wir als Linksfraktion hier bereden, beraten und beschließen, steht immer der Mensch im Mittelpunkt.

Unser Anspruch jedoch ist es, den Kreis Unna besser zu gestalten, dass Kranke, ältere und pflege- und hilfsbedürftige Menschen, sozial Schwache, aber auch Flüchtlinge nicht auf der Strecke bleiben, dass unsere Kinder eine gerechte Chance haben, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern ihr Leben zukunftssicher zu gestalten und dass Jugendliche ein Ausbildungsverhältnis in unserem Kreis Unna begründen können, nicht außerhalb des Kreises.

So, zurück zum Haushalt.

Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste,

die Linksfraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt zu.

Wir bedanken uns bei dem Kämmerer, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Steuerungsdienstes für die Aufstellung dieses Haushaltes, sowie auch bei allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für ihre gewiss nicht immer leichte Arbeit.

Ihnen allen wünschen wir noch eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und ein an Ihren Wünschen ausgerichtetes Jahr 2018.

Glück auf!!